



Demokratie Monitor 2021

Martina Zandonella

Wien, Dezember 2021

Inhaltsverzeichnis

Executive Summary	3
Einleitung	5
1 Rückblick und aktueller Kontext.....	6
2 Vertrauen in das politische System	9
2.1 Systemvertrauen und Erfahrungen von Ungleichwertigkeit & fehlender Repräsentation	10
2.2 Systemvertrauen und politische Ohnmachtserfahrungen während der Pandemie	13
2.3 Systemvertrauen und die Inseraten-Affäre.....	14
3 Grundlegende Einstellungen zur Demokratie	16
4 Alte und neue Spaltungslinien	20
Datengrundlage und Methodik	22
Literatur.....	25
Abbildungen.....	28

Executive Summary

Zum vierten Mal berichtet der Demokratie Monitor, wie es mit Blick auf die Bevölkerung um die Demokratie in Österreich bestellt ist. Die diesjährige repräsentative Befragung von 2.003 Menschen fand zwischen 13. August und 5. Oktober 2021 mittels Telefon- und Online-Interviews statt. Um auch die Auswirkungen der Inseraten-Affäre auf das Systemvertrauen einschätzen zu können, wurden vom 22. November bis 3. Dezember 2021 rund 500 dieser Befragten erneut interviewt.

Systemvertrauen auf tiefstem Punkt seit Erhebungsbeginn

Derzeit sind beinahe sechs von zehn Menschen davon überzeugt, dass das politische System in Österreich weniger oder gar nicht gut funktioniert. Gesunken ist das Vertrauen dabei in allen Bevölkerungsgruppen, der Vertrauensverlust fällt im oberen und mittleren Drittel der Gesellschaft jedoch stärker aus als im unteren Drittel.

Ökonomische Unsicherheit schwächt das Vertrauen nachhaltig

Im unteren Drittel ist das Vertrauen in das politische System seit Erhebungsbeginn 2018 geringer und auch weniger von aktuellen Ereignissen abhängig. Derzeit denken nur 31% der Menschen im unteren Drittel, dass das politische System gut funktioniert – im Vergleich zu 54% im oberen Drittel. Mit der ökonomischen Unsicherheit gehen dabei Erfahrungen von Ungleichwertigkeit und fehlender Repräsentation einher, die dem demokratischen Prinzip der politischen Gleichheit widersprechen und mit dem geringen Vertrauen in Zusammenhang stehen: Die Mehrzahl der Menschen im unteren Drittel fühlt sich von der Politik als Menschen zweiter Klasse behandelt, sieht sich im Parlament nicht vertreten und erlebt die eigene Lebensrealität bei politischen Entscheidungen nicht berücksichtigt.

Starker Zusammenhang zwischen Vertrauensverlust und der Erfahrung von politischer Ohnmacht während der Pandemie

Im Gegensatz zu den Menschen im unteren Drittel haben die Mitte und das obere Drittel häufig erst im Zuge der Pandemie die Erfahrung gemacht, dass ihre Lebensumstände in der Politik wenig Beachtung finden. So berichten 70% des oberen Drittels und 57% der Mitte für die Zeit vor der Pandemie, dass bei politischen Entscheidungen auch ihre Lebensumstände berücksichtigt wurden. In Hinblick auf die Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung denken dies jedoch nur 51% des oberen Drittels bzw. 38% der Mitte. Hierbei geht es nicht um ein für oder gegen die Maßnahmen, sondern um das Nicht-Gesehen-Werden bei deren Ausgestaltung. Diese Erfahrung von politischer Ohnmacht steht dann

auch in engem Zusammenhang mit dem Vertrauensverlust in der Mitte und im oberen Drittel der Gesellschaft.

Vertrauen infolge der Inseraten-Affäre weiter eingebrochen

Gelitten hat das Systemvertrauen auch unter der Inseraten-Affäre: Derzeit denken neun von zehn Menschen, dass die österreichische Politik ein Korruptionsproblem hat. Dabei wird Korruption nicht nur mit einzelnen Personen oder Parteien verbunden: 41% der Menschen gehen davon aus, dass das, was die Chats rund um Sebastian Kurz gezeigt haben, typisch für alle Parteien ist. Den Schaden derartiger Entgleisungen politischer Eliten tragen also nicht nur die direkt Beteiligten, sondern das gesamte politische System.

Weit verbreitete Forderung nach Stärkung der Demokratie

Dennoch sind knapp 90% der Menschen in Österreich davon überzeugt, dass die Demokratie – trotz mancher Probleme – die beste Staatsform ist. Über die Erhebungsjahre hinweg bleibt dieser Wert auch weitgehend konstant. Der Vertrauensverlust in die aktuelle Ausgestaltung von Demokratie in Österreich wird vielfach mit der Forderung nach einer Stärkung unserer Demokratie verarbeitet: Knapp zwei Drittel der Menschen verlangen mehr Transparenz, mehr als die Hälfte fordert eine grundlegende Änderung der politischen Kultur von Politiker*innen – allen voran mehr Ehrlichkeit, Respekt vor der Justiz und dem politischen Gegenüber sowie weniger Macht- und mehr Unrechtsbewusstsein.

Verfestigung des Gedankenguts im autoritären Kern

Eine generelle Zunahme an autoritären Einstellungen ist im Jahresvergleich nicht zu beobachten. Auch die knapp 10% der Bevölkerung, die sich eindeutig für einen „starken Führer“ aussprechen, bleiben über die vier Erhebungsjahre hinweg konstant. Mit zunehmender Dauer der Pandemie hat sich jedoch ihr autoritäres Gedankengut verfestigt: 2018 bis 2020 konnte noch rund die Hälfte von ihnen auch der Demokratie etwas abgewinnen. Inzwischen gilt dies für nur mehr jede*n Vierte*n.

Einleitung

Die Demokratie steht weltweit unter Druck. Erstmals seit beinahe zwanzig Jahren verzeichnet der Transformationsindex der Bertelsmann Stiftung mehr autokratische als demokratische Staaten (Hartmann & Thiery 2022). Dabei hat die Pandemie bestehende Defizite verstärkt, der Ursprung der vielfach zitierten Krise der Demokratie ist sie jedoch nicht. Auch etablierte Demokratien sind bereits seit geraumer Zeit damit konfrontiert, dass illiberale oder autoritäre Politiker*innen Wahlen gewinnen und ihre Macht auf Kosten der Parlamente und einer unabhängigen Justiz ausbauen (u.a. Keane 2020, Bermeo 2019, Levitsky & Ziblatt 2018, Merkel & Kneipp 2018).

Wie widerstandsfähig Demokratien in solchen Fällen sind, hängt von mehreren Faktoren ab (Merkel & Lührmann 2021, S. 872). Den übergeordneten Rahmen bilden jene Institutionen und Regelwerke, die die demokratische Qualität grundlegend verantworten: Legislative, Exekutive und Judikative bzw. deren Zusammenspiel, welches – gerade auch für den Krisenfall – in der Verfassung geregelt ist. Politische Parteien haben wiederum eine zentrale Funktion als Torhüter: Sie können verhindern, dass innerhalb ihrer Reihen illiberale und autoritäre Politiker*innen in Machtpositionen gelangen. Auf Seiten der Bürger*innen gewährleisten weit verbreitete demokratische Haltungen und eine darauf aufbauende aktive Zivilgesellschaft die Widerstandskraft der Demokratie. Für alle Beteiligten ist es schließlich leichter, den demokratischen Spielregeln entsprechend zu handeln, wenn die Gesellschaft insgesamt weniger konfliktbeladen oder polarisiert ist und grundlegende Ziele geteilt werden.

Der Demokratie Monitor schließt an den dritten Punkt an: Seit 2018 untersucht er einmal pro Jahr den Zustand der Demokratie mit Blick auf die Bürger*innen und beobachtet dahingehende Entwicklungen. Datengrundlage ist eine repräsentative Bevölkerungsbefragung, die jährlich zwischen August und Oktober durchgeführt wird. Heuer wurde diese um eine Follow-up Befragung im November und Dezember ergänzt. Erste mögliche Auswirkungen der im Herbst 2021 ins Rollen gekommenen Inseraten-Affäre und der sich wieder zuspitzen den Pandemie konnten also auch untersucht werden.

Der hier vorliegende Bericht baut auf den Erkenntnissen der Vorjahre auf und stellt, daran anschließend, die zentralen Ergebnisse des Demokratie Monitor 2021 vor.

1 Rückblick und aktueller Kontext

In den vier Jahren seines Bestehens hat der Demokratie Monitor turbulente Zeiten begleitet: 2019 prägte die Ibiza-Affäre und die darauf folgende Staatskrise das Land; 2020 folgte die Corona Pandemie, deren Auswirkungen individuelle, politische und gesellschaftliche Selbstverständnisse erschüttert haben; 2021 hat zusätzlich zur Pandemie die Inseraten-Affäre einen vorläufigen Höhepunkt erreicht (Abbildung 1). All das ist an der Demokratie nicht spurlos vorüber gegangen.

Rückblickend hat der erste Demokratie Monitor¹ im vergleichsweise ereignislosen Jahr 2018 Richtwerte festgelegt, anhand derer Veränderungen gut nachvollzogen werden können. Festgehalten wurde, dass die Demokratie als grundlegendes System in den Köpfen der Menschen stark verankert ist. Auch das Vertrauen in die aktuelle Ausgestaltung von Demokratie war weit verbreitet: Für zwei Drittel funktionierte das politische System in Österreich gut.

Der Demokratie Monitor 2018 verwies jedoch auch auf zwei Warnsignale: Erstens äußerte ein Drittel der Menschen illiberale Demokratieverstellungen – Einschränkungen der Oppositionsrechte sowie der Unabhängigkeit von Justiz oder Medien sind für diesen Teil der Bevölkerung denkbar. Zweitens ging ökonomische Unsicherheit mit einem geringeren Systemvertrauen und einer geringeren politischen Beteiligung einher – Anzeichen für eine Zweidrittel-Demokratie (Petrin & Merkel 2011), in der das untere ökonomische Drittel langsam aus dem politischen Prozess ausscheidet, gibt es also auch in Österreich.

Im Jahr 2019 stellten Ibiza und die daran anschließende Staatskrise das Systemvertrauen auf die Probe. Der Demokratie Monitor² hat gezeigt: Die Menschen haben ihre grundlegende Haltung nicht geändert – nach wie vor waren beinahe 90% von der Demokratie als bester Staatsform überzeugt. In Mitleidenschaft gezogen wurde jedoch das Vertrauen in die Funktionsfähigkeit der Demokratie in Österreich: Deutlich weniger Menschen als im Jahr davor dachten, dass unser politisches System gut funktioniert. Gleichzeitig ist das Vertrauen in den Bundespräsidenten, dem bei Staatskrisen eine bedeutende Rolle zukommt, angestiegen – der Vertrauensverlust infolge der Ibiza-Affäre konnte also weitgehend innerhalb des demokratischen Systems aufgefangen werden.

Mit dem Jahr 2020 kam die Corona Pandemie und Lebensrealitäten haben sich in kaum vorstellbarem Maße verändert. Im Demokratie Monitor³

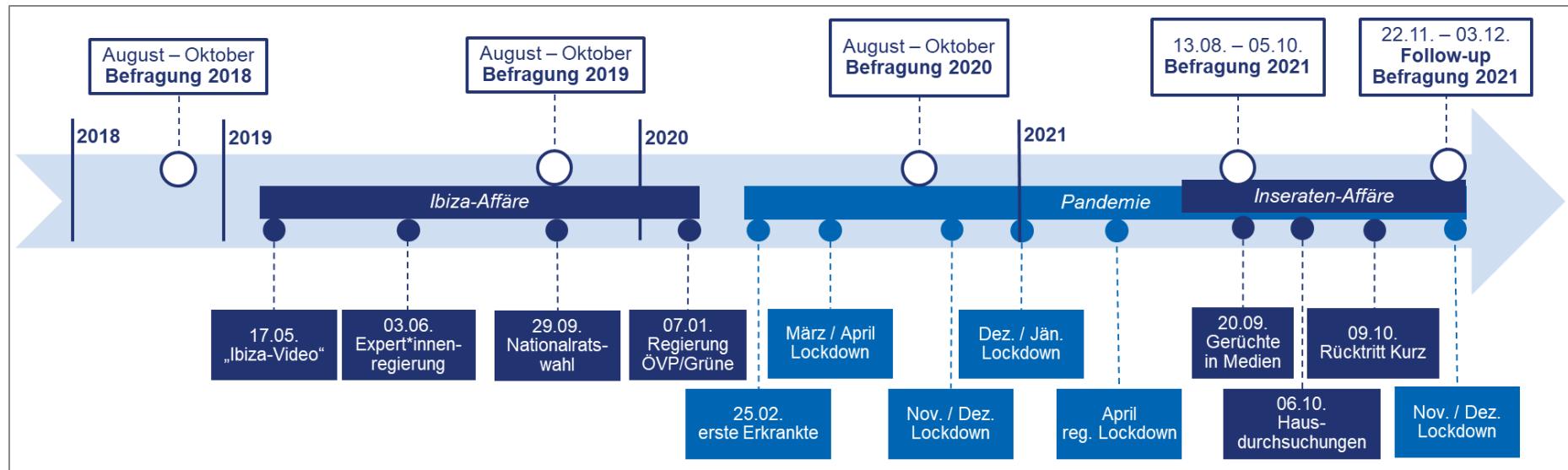
¹ Zandonella & Heinz (2018)

² Zandonella (2019)

³ Zandonella (2020)

berichtete z.B. ein Drittel der Menschen, dass sich ihre finanzielle Lage infolge der Pandemie verschlechtert hat. Beinahe ebenso viele Menschen berichteten eine Verschlechterung ihrer psychischen Gesundheit. Von den finanziellen und psychischen Folgen der Pandemie war das untere ökonomische Drittel besonders stark betroffen – bereits bestehende Ungleichheiten wurden also nicht nur fortgesetzt, sondern weiter verstärkt. Auch an den Haltungen zur Demokratie hinterließ die Pandemie Spuren: Im unteren ökonomischen Drittel und in der Mitte der Gesellschaft war die Überzeugung von der Demokratie als bester Staatsform im ersten Jahr der Pandemie weniger stark ausgeprägt als in den Jahren zuvor. Dabei ist die Zustimmung nicht in Ablehnung umgeschlagen, sie hat sich jedoch von „sehr“ auf „ziemlich“ verschoben.

Im Gegensatz dazu hat sich das nach der Ibiza-Affäre eingebrochene Vertrauen in die Funktionsfähigkeit des politischen Systems in Österreich 2020 wieder erholt. Zugenommen hat auch das Bewusstsein für demokratische Institutionen und Prozesse: Mehr Menschen als in den Jahren zuvor vertrauten dem Parlament und forderten einen Ausbau der Oppositionsrechte.

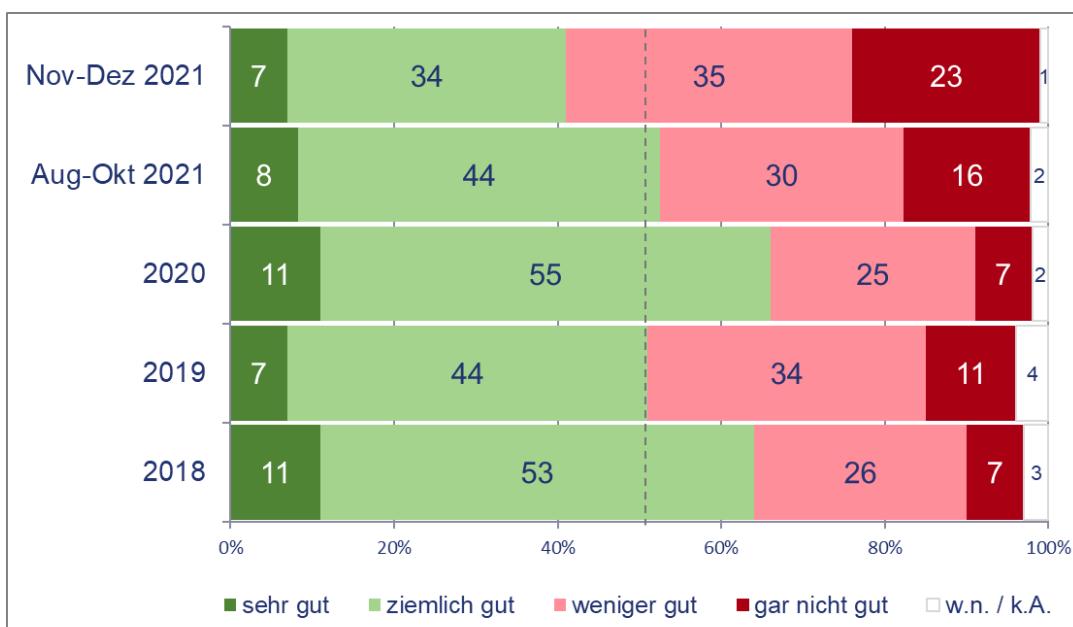
Abbildung 1: Der Demokratie Monitor im Kontext

2 Vertrauen in das politische System

Zwei Ereignisse prägen das Jahr 2021: Zum einen dauerte die Pandemie nach wie vor an und steuerte im späten Herbst auf einen neuerlichen Höhepunkt zu. Zum anderen hat die Inseraten-Affäre mit den veröffentlichten Chatprotokollen zu Beginn des Sommers an Fahrt aufgenommen und gipfelte im Herbst in den Hausdurchsuchungen.

Daran anschließend ist das Vertrauen der Menschen in die Demokratie in Österreich auf den tiefsten Punkt seit Erhebungsbeginn gesunken: Mit 58% sind mittlerweile beinahe sechs von zehn Menschen davon überzeugt, dass unser politisches System weniger oder gar nicht gut funktioniert. Das Systemvertrauen lag dabei bereits Anfang Oktober deutlich unter dem Wert des Vorjahres. Die dann erst so richtig ins Rollen gekommene Inseraten-Affäre und der erneute Lockdown haben die Entwicklung verschärft (Abbildung 2).

Abbildung 2: Wie gut funktioniert das politische System in Österreich?

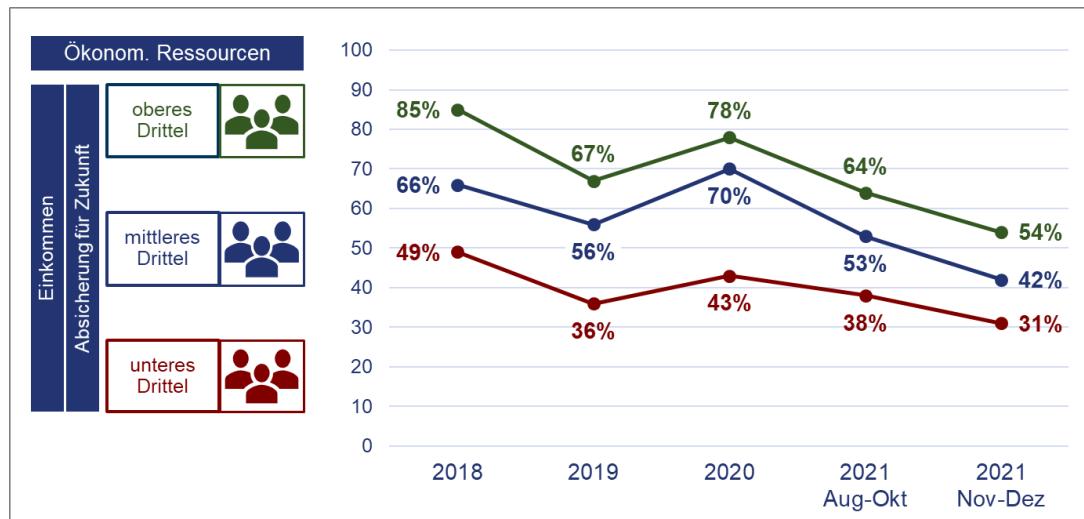


Frage im Wortlaut: „Alles in allem betrachtet: Funktioniert das politische System in Österreich derzeit sehr gut, ziemlich gut, weniger gut oder gar nicht gut?“

Gesunken ist das Vertrauen dabei in allen Bevölkerungsgruppen. Der Vertrauensverlust fällt jedoch im oberen ökonomischen Drittel und in der Mitte der Gesellschaft stärker aus als im unteren ökonomischen Drittel: Derzeit denken 54% der Menschen im oberen ökonomischen Drittel (minus 24 Prozentpunkte im Vergleich zu 2020), 42% der Menschen in der Mitte (minus 28 Prozentpunkte) und 31% der Menschen im unteren ökonomischen Drittel (minus 12 Prozentpunkte), dass das politische System in Österreich gut funktioniert

(Abbildung 3). Festgemacht werden kann der Vertrauensverlust an drei Faktoren – die folgenden Abschnitte gehen näher auf diese ein: Erstens drückt ökonomische Unsicherheit langfristig und nachhaltig auf das Systemvertrauen. Zweitens haben Ohnmachtserfahrungen während der Pandemie das Systemvertrauen in der Mitte und im oberen ökonomischen Drittel beschädigt. Drittens ist das Vertrauen in das politische System aufgrund der Inseraten-Affäre weiter eingebrochen.

Abbildung 3: Das politische System funktioniert sehr/ziemlich gut



Frage im Wortlaut: „Alles in allem betrachtet: Funktioniert das politische System in Österreich derzeit sehr gut, ziemlich gut, weniger gut oder gar nicht gut?“ Dargestellt: Anteil sehr + ziemlich gut.

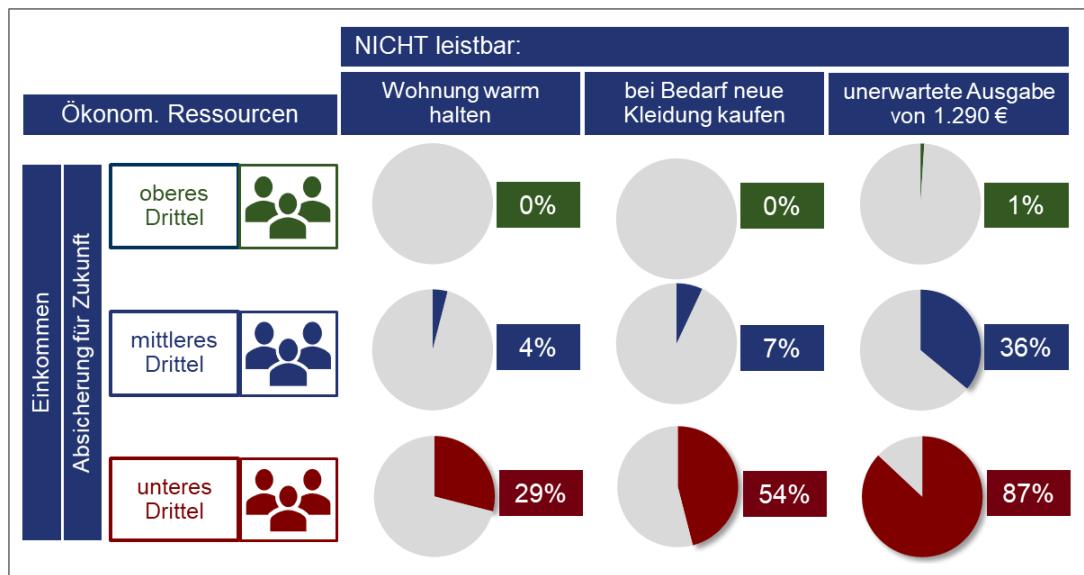
Anmerkung: Die ökonomischen Ressourcen der Menschen wurden über ihr Haushaltseinkommen und über die subjektive Einschätzung ihrer finanziellen Absicherung für die Zukunft erfasst. Das berechnete Regressionsmodell zeigt, dass die ökonomischen Ressourcen der stärkste Prädiktor für das Systemvertrauen sind (im Vergleich mit: Geschlecht, Alter, formaler Bildung, Migrationshintergrund, Stadt/Land).

2.1 Systemvertrauen und Erfahrungen von Ungleichwertigkeit & fehlender Repräsentation

Hervor sticht, dass das Vertrauen in das politische System im unteren ökonomischen Drittel seit Beginn der Erhebung des Demokratie Monitors (2018) geringer ausfällt und insgesamt weniger von aktuellen Ereignissen abhängig ist (Abbildung 3). Woran liegt das? Teil des unteren ökonomischen Drittels zu sein bedeutet ein Leben in zumindest fragiler, meist jedoch prekärer Lage: Ein Großteil der Menschen lebt in Armut oder nahe daran – ihr Einkommen ist gering und finanzielle Ressourcen in Form von Eigentum oder Vermögen stehen nicht zur Verfügung. Im Alltag können 29% der Menschen im unteren ökonomischen Drittel ihre Wohnung nicht warm halten, gut die Hälfte von ihnen kann bei Bedarf keine neue Kleidung kaufen und für die überwiegende Mehrzahl

(87%) sind unerwartete Ausgaben in der Höhe von 1.290 Euro nicht finanziertbar (Abbildung 4).

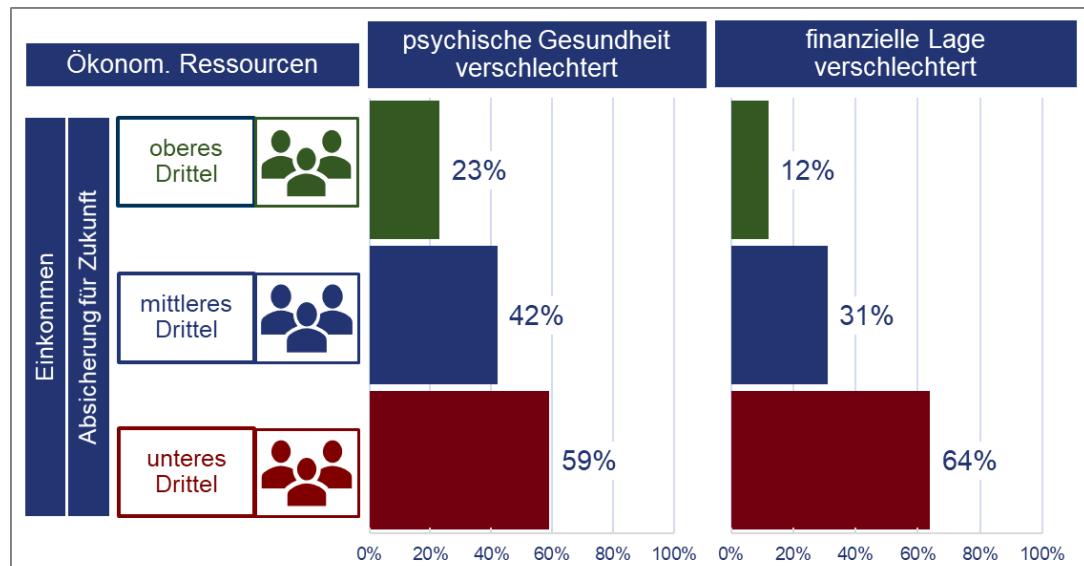
Abbildung 4: Lebensrealität im unteren ökonomischen Drittel



Fragen im Wortlaut: „Können Sie es sich derzeit finanziell leisten die Wohnung oder das Haus angemessen warm zu halten / bei Bedarf neue Kleidung zu kaufen / unerwartete Ausgaben in der Höhe von 1.290 Euro zu finanzieren?“ Dargestellt: Anteil nein. Daten: Demokratie Monitor 2021.

Anmerkung: Die ökonomischen Ressourcen der Menschen wurden über ihr Haushaltseinkommen und über die subjektive Einschätzung ihrer finanziellen Absicherung für die Zukunft erfasst.

Abbildung 5: Betroffenheit von den Folgen der Pandemie



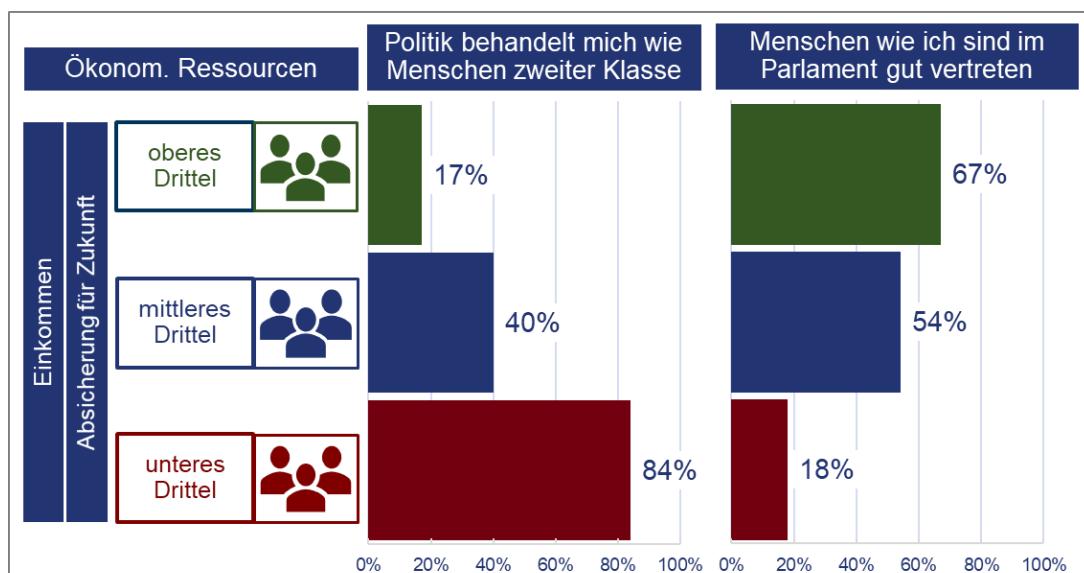
Fragen im Wortlaut: „Hat sich im Zuge der Pandemie ihre psychische Gesundheit / finanzielle Lage verbessert, verschlechtert, oder ist sie gleich geblieben?“ Dargestellt: Anteil verschlechtert. Daten: Demokratie Monitor 2021.

Anmerkung: Die ökonomischen Ressourcen der Menschen wurden über ihr Haushaltseinkommen und über die subjektive Einschätzung ihrer finanziellen Absicherung für die Zukunft erfasst.

Die Pandemie hat die Lebensrealität der Menschen im unteren ökonomischen Drittel weiter verschärft: 64% von ihnen berichten, dass sich ihre finanzielle Lage verschlechtert hat, bei 59% hat sich die psychische Gesundheit verschlechtert. Diese Folgen der Pandemie betreffen das untere ökonomische Drittel außerdem wesentlich häufiger als die beiden anderen Gruppen mit mehr Ressourcen (Abbildung 5). Anschließend an den Demokratie Monitor 2020 ist somit auch 2021 festzuhalten, dass die Pandemie bestehende Ungleichheiten nicht nur fortsetzt, sondern verstärkt.

Das Vertrauen in das politische System ist im unteren ökonomischen Drittel jedoch weniger anlassbezogen, sondern dauerhaft gering (Abbildung 3). Ein zentraler Grund hierfür sind fortwährende Erfahrungen von Ungleichwertigkeit und fehlender Repräsentation (u.a. Ehs & Zandonella 2021, Elsässer 2018). Auch im Demokratie Monitor 2021 berichten 84% der Menschen im unteren ökonomischen Drittel, dass sie von der Politik als Menschen zweiter Klasse behandelt werden und 79% sehen sich im Parlament nicht vertreten (Abbildung 6). Nur ein Fünftel (18%) erlebt zumindest hin und wieder, dass politische Entscheidungen auch ihre Lebensumstände mit einbeziehen (Abbildung 7).

Abbildung 6: Erfahrungen von Ungleichwertigkeit und fehlender Repräsentation



Frage im Wortlaut: „Stimmen Sie folgenden Aussagen sehr, ziemlich oder wenig zu? Die Politik behandelt Menschen wie mich oft als Menschen zweiter Klasse. Im österreichischen Parlament sind Menschen wie ich gut vertreten.“ Dargestellt: Anteil stimme sehr + ziemlich zu. Daten: Demokratie Monitor 2021.

Anmerkung: Die ökonomischen Ressourcen der Menschen wurden über ihr Haushaltseinkommen und über die subjektive Einschätzung ihrer finanziellen Absicherung für die Zukunft erfasst.

Der Zusammenhang zwischen diesen Erfahrungen und dem geringen Systemvertrauen ist eindeutig: Nur 37% der Menschen, die eine zweitklassige Behandlung durch die Politik berichten, denken, dass das politische System im Land gut funktioniert. Unter jenen, die diese Ungleichwertigkeitserfahrung nicht machen, sind es 70%. Ebenso bescheinigen nur 38% der Menschen, die sich im Parlament nicht vertreten fühlen, dem politischen System eine gute Funktionsfähigkeit – jedoch 72% derer, die sich repräsentiert fühlen.

Diese mit ökonomischer Unsicherheit einhergehenden Erfahrungen von Ungleichwertigkeit und fehlender Repräsentation prägen nicht nur das Verhältnis zum politischen System. Sie widersprechen auch der politischen Gleichheit – einem Prinzip, das die Demokratie hochhält, für die Menschen im unteren ökonomischen Drittel jedoch nicht umsetzt.

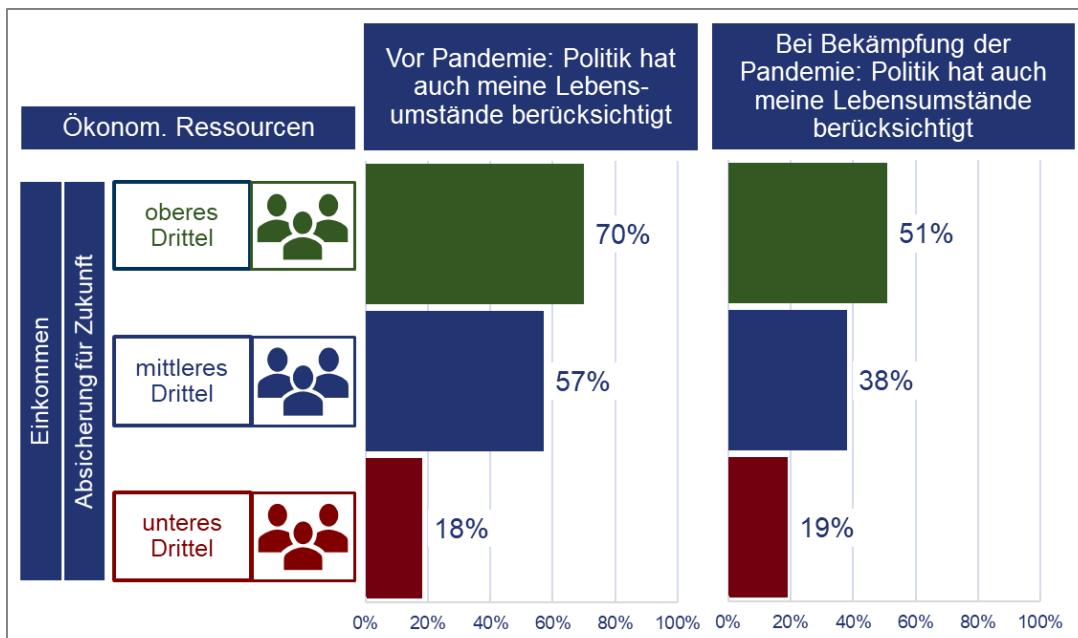
2.2 Systemvertrauen und politische Ohnmachtserfahrungen während der Pandemie

Staatliche Eingriffe in die individuelle Lebensführung und der Ausschluss von politischen Entscheidungsprozessen sind für die Menschen im unteren ökonomischen Drittel nicht neu (u.a. Elsässer et al 2021, Atzmüller 2009, Wacquant 2009). Anders in der Mitte der Gesellschaft und im oberen ökonomischen Drittel: In diesen beiden Gruppen haben zahlreiche Menschen nun im Zuge der Pandemie die Erfahrung gemacht, dass ihre Lebensumstände in der Politik weniger Beachtung finden.

So berichten 70% der Menschen im oberen ökonomischen Drittel und 57% der Menschen in der Mitte für die Zeit vor der Pandemie, dass bei politischen Entscheidungen auch ihre Lebensumstände berücksichtigt wurden. In Hinblick auf die Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung denken dies jedoch nur 51% des oberen ökonomischen Drittels und 38% der Mitte (Abbildung 7). Zu beachten ist, dass es hierbei nicht um ein für oder gegen die Maßnahmen geht. Relevant ist das Nicht-Gesehen-Werden bei deren Ausgestaltung.

Der Zusammenhang zwischen dieser Ohnmachtserfahrung und dem stark gesunkenen Systemvertrauen in der Mitte und im oberen ökonomischen Drittel ist stark: Nur 38% der Menschen, die ihre Lebensumstände bei der Bekämpfung der Pandemie nicht berücksichtigt sehen, denken, dass das politische System in Österreich gut funktioniert. Unter jenen, die diese Ohnmachtserfahrung nicht machen, sind es 77%.

Für die Menschen im unteren ökonomischen Drittel macht die Pandemie wiederum keinen Unterschied: Sowohl davor als auch in Hinblick auf die Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie sieht nur ein Fünftel ihre Lebensumstände bei politischen Entscheidungen mitberücksichtigt (Abbildung 7).

Abbildung 7: Erfahrungen von politischer Ohnmacht

Fragen im Wortlaut: „Stimmen Sie folgenden Aussagen sehr, ziemlich oder wenig zu? Vor der Pandemie hat die Politik bei ihren Entscheidungen auch die Lebensumstände von Menschen wie mir berücksichtigt. Die Politik hat bei der Bekämpfung der Pandemie auch die Lebensumstände von Menschen wie mir berücksichtigt.“ Dargestellt: Anteil stimme sehr + ziemlich zu. Daten: Demokratie Monitor 2021.

Anmerkung: Die ökonomischen Ressourcen der Menschen wurden über ihr Haushaltseinkommen und über die subjektive Einschätzung ihrer finanziellen Absicherung für die Zukunft erfasst.

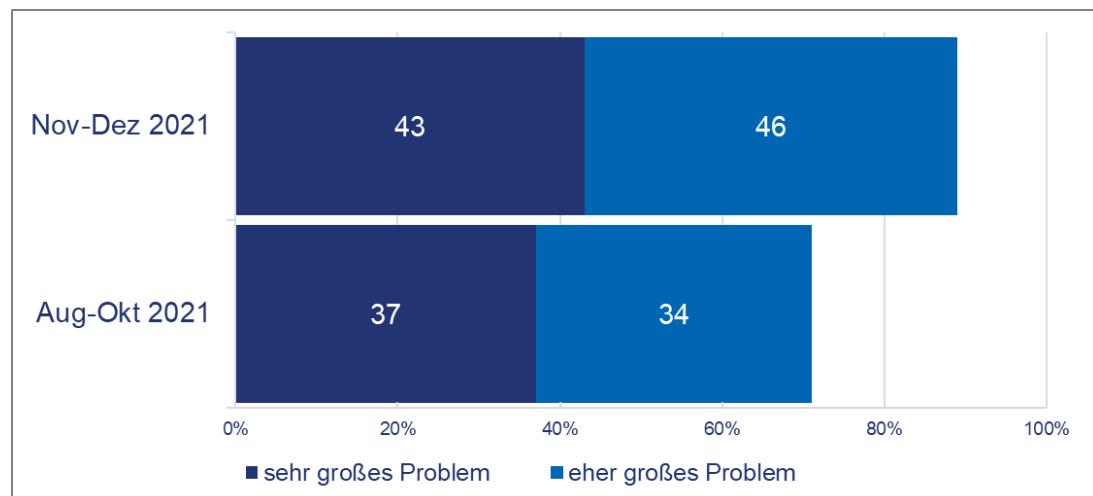
2.3 Systemvertrauen und die Inseraten-Affäre

Das zweite aktuelle und für das Vertrauen in das politische System relevante Ereignis des Jahres 2021 war die Inseraten-Affäre. Nach den ersten Veröffentlichungen von Chatprotokollen im Sommer dachten im Herbst bereits 71% der Menschen, dass die Politik in Österreich ein Korruptionsproblem hat. Anschließend an die Hausdurchsuchungen waren es gegen Jahresende dann sogar 89% (Abbildung 8).

Die Menschen verbinden Korruption dabei nicht nur mit einzelnen Politiker*innen oder Parteien: 41% sind davon überzeugt, dass das, was die Chats rund um Sebastian Kurz gezeigt haben, typisch für alle Parteien ist (Abbildung 9). Den Schaden solcher Entgleisungen der politischen Eliten tragen damit nicht nur die direkt Beteiligten, sondern das gesamte politische System. Darauf verweist auch der offensichtliche Zusammenhang zwischen der Korruptionswahrnehmung und dem Systemvertrauen: Nur 45% der Menschen, die der österreichischen Politik ein Korruptionsproblem bescheinigen, denken, dass unser politisches System gut funktioniert. Unter jenen, die kein nennenswertes Korruptionsproblem sehen, gilt selbiges für 86%. Die Längsschnittanalyse

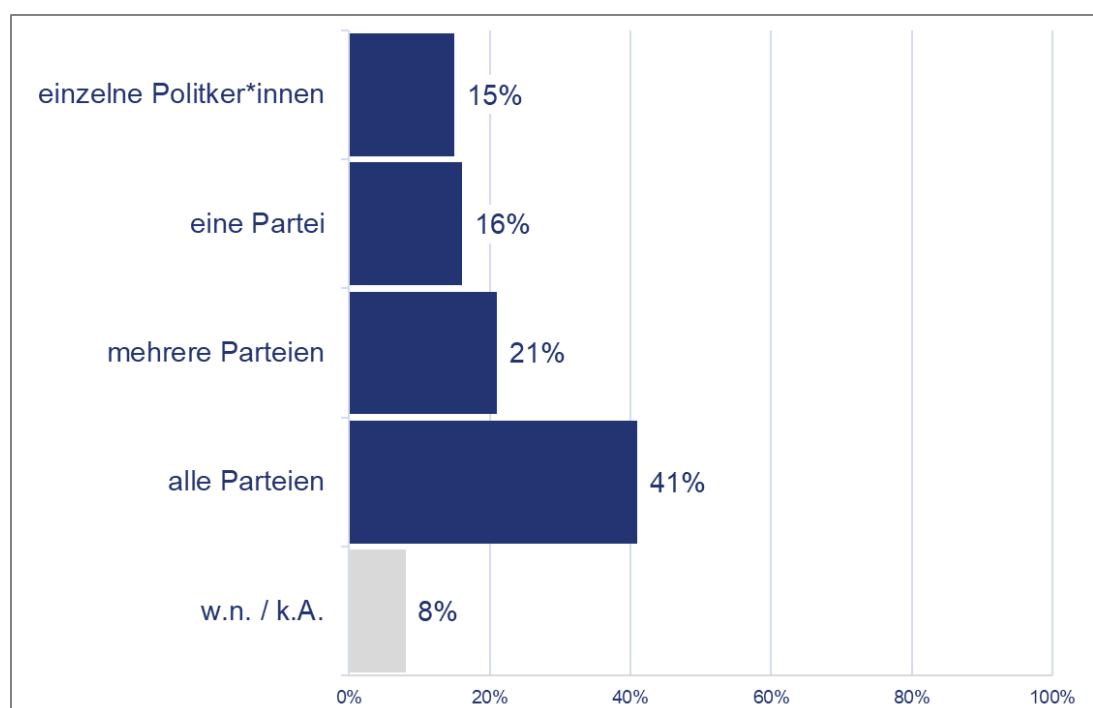
bestätigt darüber hinaus, dass das zwischen Herbst und Winter 2021 nochmals deutlich gesunkene Systemvertrauen (Abbildung 2) u.a. eine direkte Folge der Inseraten-Affäre ist.

Abbildung 8: Hat die Politik in Österreich ein Korruptionsproblem?



Frage im Wortlaut: „Ist bei uns in Österreich Korruption in der Politik ein sehr großes, eher großes, eher kleines oder gar kein Problem?“ Dargestellt: Anteil sehr großes + eher großes. Daten: Demokratie Monitor 2021 & Follow-up Befragung 2021.

Abbildung 9: Für wen ist das, was die Chats gezeigt haben, typisch?

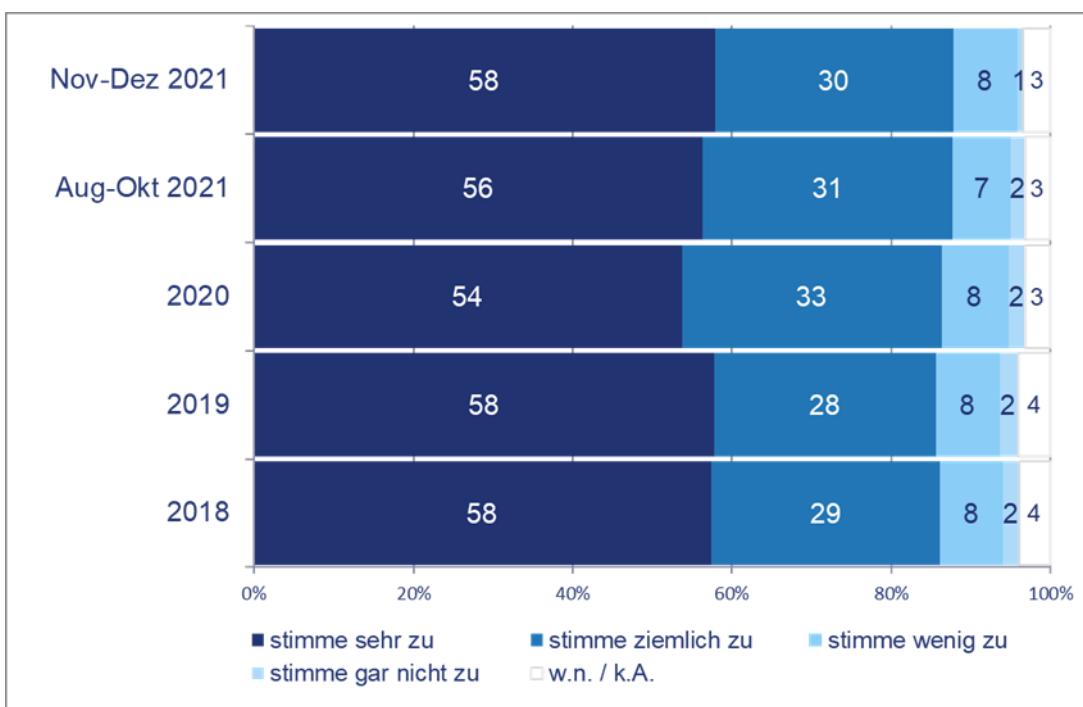


Frage im Wortlaut: „Ist das, was die Chats rund um Sebastian Kurz gezeigt haben, typisch für...?“ Daten: Follow-up Befragung 2021.

3 Grundlegende Einstellungen zur Demokratie

Das infolge der anhaltenden Pandemie und der Inseraten-Affäre stark gesunkenen Vertrauen in das politische System in Österreich (Abbildung 2) ändert derzeit nichts an der insgesamt positiven Einstellung der Menschen zur Demokratie: Nach wie vor sind knapp neun von zehn Menschen (88%) davon überzeugt, dass die Demokratie – trotz mancher Probleme – die beste Staatsform ist. Diese Haltung ist seit Beginn der Erhebung des Demokratie Monitors (2018) weitgehend konstant (Abbildung 10).

Abbildung 10: Demokratie ist die beste Staatsform



Frage im Wortlaut: „Stimmen Sie folgenden Aussagen sehr, ziemlich, wenig oder gar nicht zu? Demokratie ist die beste Staatsform, auch wenn sie Probleme mit sich bringen mag.“

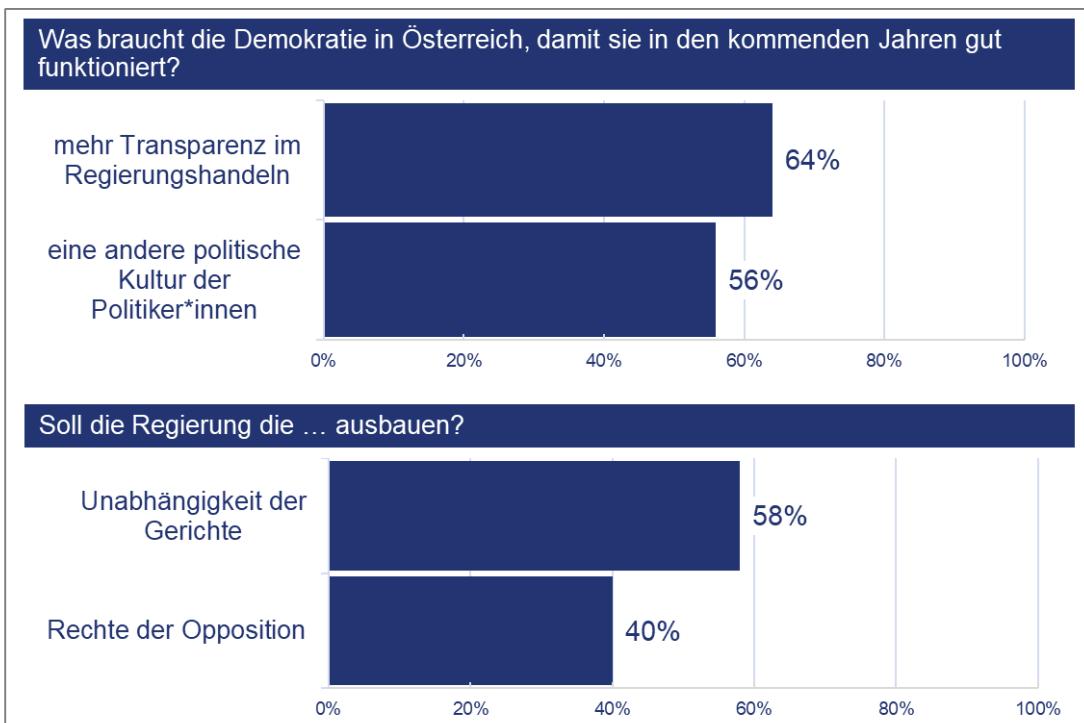
Der Vertrauensverlust in Bezug auf die aktuelle Ausgestaltung der Demokratie in Österreich wird derzeit vielfach konstruktiv verarbeitet. Besonders hervorstechen in diesem Zusammenhang weit verbreitete Forderungen nach einer Stärkung unserer Demokratie:

Knapp zwei Drittel (64%) der Menschen sind davon überzeugt, dass das politische System – allen voran das Regierungshandeln – transparenter werden muss⁴. Mehr als die Hälfte (56%) fordert außerdem eine grundlegende Änderung der politischen Kultur unter Politiker*innen. Unter dem Eindruck der

⁴ Mit dieser Ansicht sind die Menschen nicht allein: Der aktuelle Democracy Report der Universität Göteborg stuft Österreich von einer liberalen Demokratie zu einer elektoralen Demokratie herab. Grund hierfür: fehlende Transparenz (V-Dem Institute 2022).

Inseraten-Affäre erwarten die Menschen dabei allen voran Ehrlichkeit, Respekt vor der Justiz und dem politischen Gegenüber, Arbeiten für das Land und nicht für den eigenen Freundeskreis sowie weniger Macht- und mehr Unrechtsbewusstsein. In Zusammenhang mit den Checks & Balances einer Demokratie sprechen sich wiederum 58% der Menschen für eine unabhängige Justiz und 40% für mehr Oppositionsrechte aus (Abbildung 11).

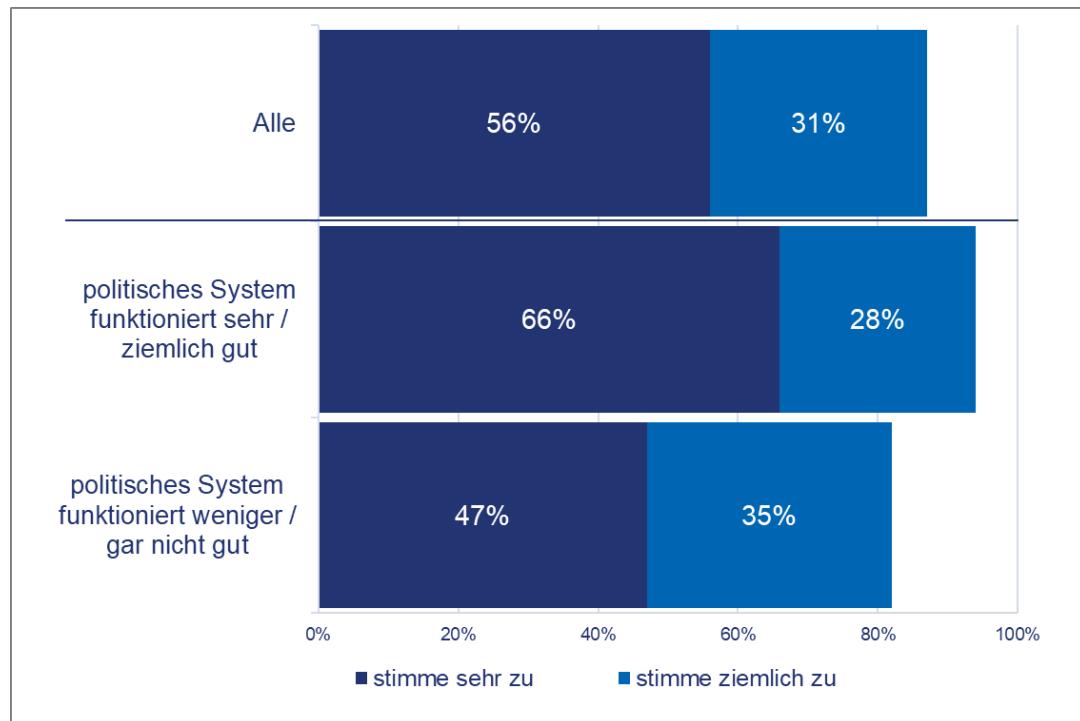
Abbildung 11: Forderungen nach einer Stärkung der Demokratie



Frage im Wortlaut: „Was braucht die Demokratie in Österreich, damit sie in den kommenden Jahren gut funktioniert?“ Offene Frage mit Mehrfachantworten, Antworten inhaltlich kodiert und in Kategorien zusammengefasst. Dargestellt: die beiden mit Abstand am häufigsten genannten Kategorien. Daten: Follow-up Befragung 2021.

Frage im Wortlaut: „Soll die Regierung in Österreich die Unabhängigkeit der Gerichte / die Rechte der Opposition ausbauen, einschränken, oder soll alles so bleiben wie es ist?“. Dargestellt: Anteil ausbauen. Daten: Demokratie Monitor 2021.

Bedenklich stimmt jedoch die über die Jahre hinweg zunehmende Distanz zum politischen System: Aktuell findet ein Viertel der Menschen (25%) keine Partei, die ihre Lebensumstände und politischen Anliegen aufgreift – 2018 waren es noch halb so viele (13%). Hinzu kommt, dass sich bei einem Teil der Menschen mit geringem Systemvertrauen Zweifel an der Demokratie insgesamt bemerkbar machen: Felsenfest von der Demokratie als beste Staatsform überzeugt ist in dieser Gruppe nur noch knapp die Hälfte (47% stimmen sehr zu). Im Vergleich dazu gilt selbiges für zwei Drittel (66%) der Menschen, die denken, dass das politische System in Österreich gut funktioniert (Abbildung 12).

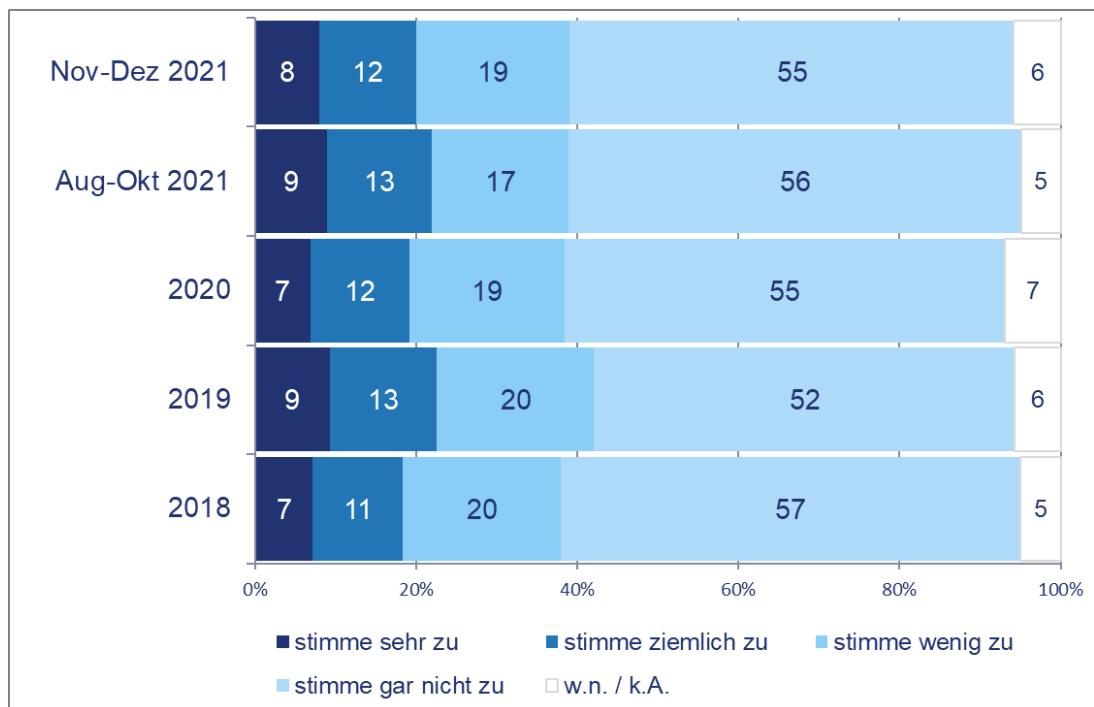
Abbildung 12: Demokratie ist die beste Staatsform

Frage im Wortlaut: „Stimmen Sie folgenden Aussagen sehr, ziemlich, wenig oder gar nicht zu? Demokratie ist die beste Staatsform, auch wenn sie Probleme mit sich bringen mag.“ Dargestellt: stimme sehr + ziemlich zu. Daten: Demokratie Monitor 2021.

Eine generelle Zunahme an autoritären Einstellungen beobachtet der Demokratie Monitor derzeit nicht: Die jeweils rund 20%, die einem starken Führer sehr oder ziemlich zustimmen, bleiben über alle Erhebungsjahre hinweg weitgehend konstant (Abbildung 13). Hervor sticht jedoch, dass sich das autoritäre Gedankengut der jeweils knapp 10%, die sich eindeutig für einen „starken Führer“ aussprechen, im Verlauf der Pandemie verfestigt hat: Konnte 2018 bis 2020 noch rund die Hälfte von ihnen auch der Demokratie etwas abgewinnen, ist es inzwischen nur mehr jede*r Vierte (Abbildung 14). Dass die Pandemie hier konsolidierend wirkt, zeigen die Themen, die diese Gruppe antreiben: Als ihr dringendstes politisches Anliegen nennen praktisch alle eine Variante von Gegnerschaft zu den Pandemie-Maßnahmen bzw. zur Covid-Impfung⁵.

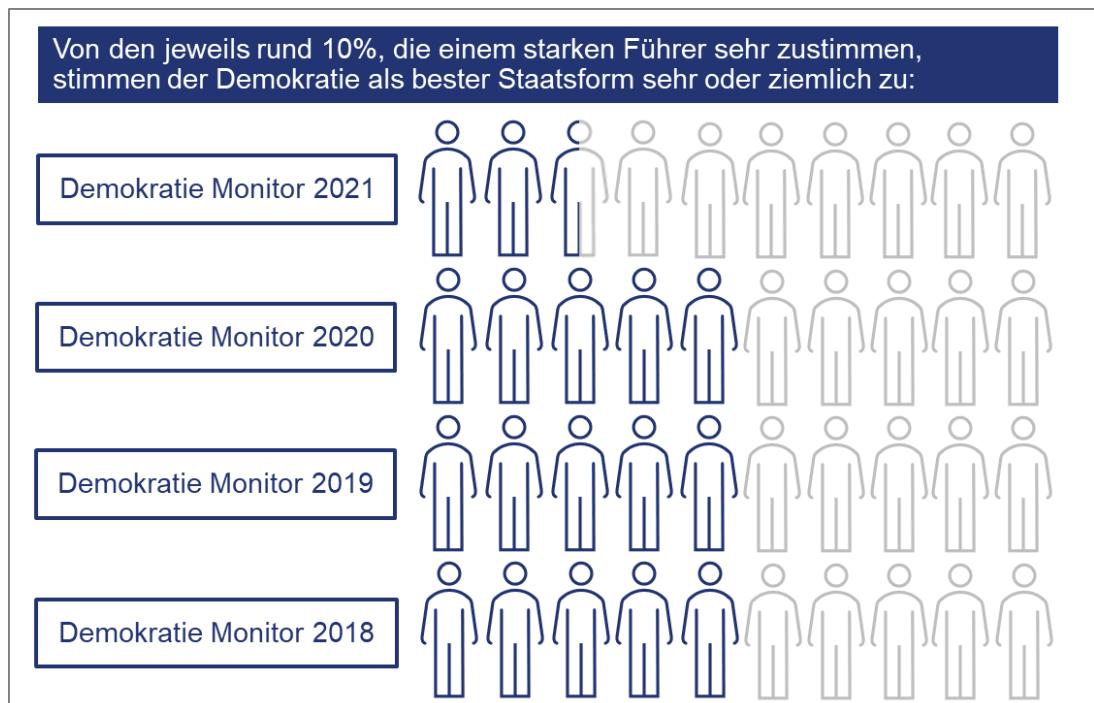
⁵ Frage im Wortlaut: „Und was ist im Moment Ihr dringendstes politisches Anliegen?“ Offene Frage mit Mehrfachantworten, Antworten inhaltlich kodiert und in Kategorien zusammengefasst.

Abbildung 13: Es sollte einen starken Führer geben, der sich nicht um Parlament und Wahlen kümmern muss



Frage im Wortlaut: „Stimmen Sie folgenden Aussagen sehr, ziemlich, wenig oder gar nicht zu? Es sollte einen starken Führer geben, der sich nicht um Parlament und Wahlen kümmern muss.“ Daten: Demokratie Monitor 2021.

Abbildung 14: Verfestigung autorärer Haltungen bei den 10 Prozent



Frage im Wortlaut: „Stimmen Sie folgenden Aussagen sehr, ziemlich, wenig oder gar nicht zu? Es sollte einen starken Führer geben, der sich nicht um Parlament und Wahlen kümmern muss.“ „Die Demokratie ist die beste Staatsform, auch wenn sie Probleme mit sich bringt mag.“ Daten: Demokratie Monitor 2021.

4 Alte und neue Spaltungslinien

Bereits vor der Pandemie bescheinigten soziologische Gegenwartsdiagnosen der spätmodernen Gesellschaft zunehmende Polarisierung und Spaltung. Bezug genommen wird dabei auf politische Brüche – erkennbar an der steigenden Bedeutung populistischer und extremistischer Parteien, auf kulturelle Zerwürfnisse entlang unterschiedlicher Identitäten bzw. Identitätspolitiken und auf die wieder ansteigende ökonomische Ungleichheit (u.a. Mau et al. 2020, Reckwitz 2019, Heitmeyer 2018, Manow 2018, Nachtwey 2016).

Die Pandemie gilt als Beschleuniger dieser Entwicklungen (Vogel 2020). Bislang bestätigt ist, dass sich bereits zuvor bestehende soziale Ungleichheiten infolge der Pandemie verstärkt haben. So betrifft pandemiebedingte Arbeitslosigkeit allen voran den Dienstleistungssektor und dabei verstärkt Berufe mit hohem Frauenanteil und geringem Einkommen (AMS 2021, Schönherr & Zandonella 2020). Auch Einkommensverluste und das Ansteckungsrisiko bei der Arbeit sind im unteren Drittel der Arbeitnehmer*innen besonders weit verbreitet (Holst et al. 2021). Home Office und Distance Learning können wiederum nur bei ausreichend Wohnraum und mit entsprechender technischer Ausstattung gelingen – beides ist von den zur Verfügung stehenden finanziellen Ressourcen abhängig. Aufgegangen ist jedoch nicht nur der Spalt zwischen den Klassen, sondern auch jener zwischen den Geschlechtern: Die aufgrund der Schließung von Schulen und Betreuungseinrichtungen zusätzlich anfallende Sorgearbeit haben mehrheitlich Frauen übernommen (Jenssen et al. 2021, Ringler & Baumegger 2020).

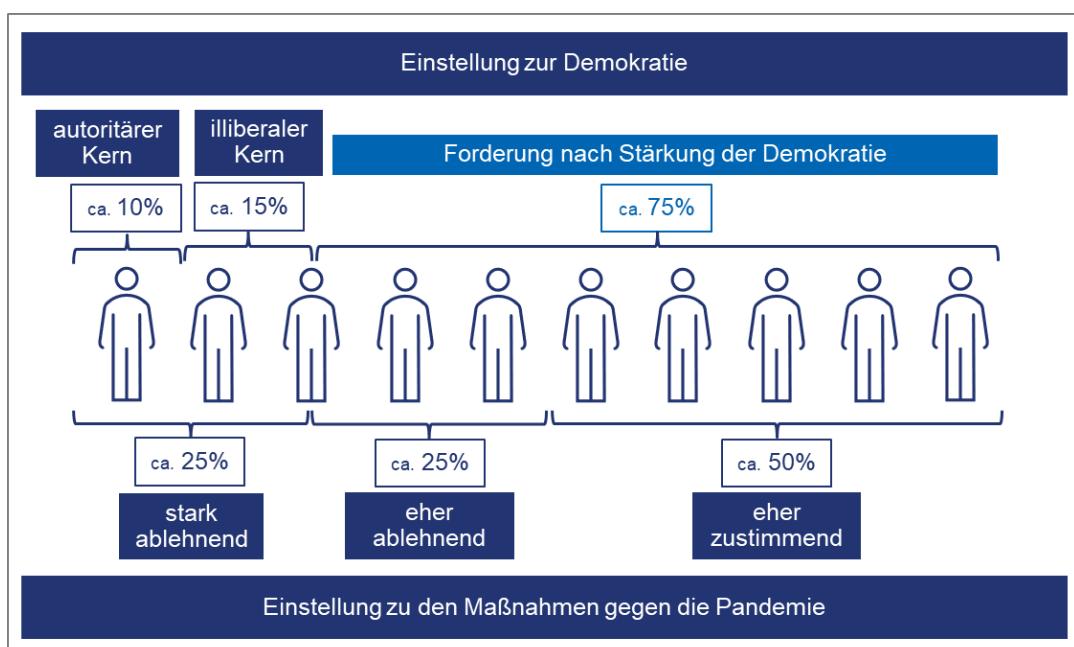
Ob im Zuge der Pandemie auch eine Polarisierung von Einstellungen stattgefunden hat, ist bislang nicht eindeutig festzustellen (Beckmann & Schöpnauer 2021). Ein weiteres Mosaikstück an Evidenz, das zur Klärung dieser Frage beitragen kann, liefert der Demokratie Monitor:

Hervor sticht eine Spaltungslinie, die sich nicht auf die Einstellung zu einem Thema, sondern auf den Ausschluss einer Gruppe bezieht. Diese Spaltungslinie ist nicht neu (Lessenich 2019) und sie verläuft zwischen dem unteren ökonomischen Drittel und dem Rest der Gesellschaft: Ungleichbehandlung sowie fehlende Repräsentation schließen das untere ökonomische Drittel systematisch von der Demokratie aus (Abbildung 6). In Anbetracht der sich durch die Pandemie verstärkenden ökonomischen Verwerfungen wird politische Gleichheit damit immer mehr zu einem Privileg der Bessergestellten.

Eine zweite Spaltungslinie verschränkt die Einstellung zur Demokratie mit der Einstellung zu den Maßnahmen gegen die Pandemie und sie verläuft zwischen den knapp 10% sich verfestigenden Autoritären (Abbildung 14) und dem Rest der Gesellschaft. Hervor sticht eine weitere Gruppe von rund 15%,

deren Demokratieverständnis illiberale Züge hat und die mit dem autoritären Kern die Ablehnung der Pandemie-Maßnahmen teilt. Die verbleibenden rund 75% der Bevölkerung unterscheiden sich wiederum hinsichtlich ihrer Einstellung zu den Pandemie-Maßnahmen: Etwa 50% sprechen sich alles in allem eher dafür, rund 25% eher dagegen aus. Was diese beiden Gruppen jedoch verbindet, ist die Forderung nach einer Stärkung der Demokratie (Abbildung 15). Die Herausforderung besteht derzeit darin, hier das Gemeinsame vor das Trennende zu stellen, um eine sichtbare Mehrheit gegen antidemokratische Umtriebe auf die Beine zu stellen.

Abbildung 15: Spaltungslinie entlang Einstellung zur Demokratie und Einstellung zu den Pandemie-Maßnahmen



Anmerkung: Ergebnis der Clusteranalyse. Daten: Demokratie Monitor 2021.

Datengrundlage und Methodik

Grundlage des Demokratie Monitors ist eine jährliche, repräsentative Bevölkerungsumfrage. Befragt werden jeweils mindestens 2.000 Menschen ab 16 Jahren mit Wohnsitz in Österreich. Die Eckdaten aller bisherigen Befragungen fasst Tabelle 1 zusammen.

Für den Demokratie Monitor 2021 wurden zwischen dem 13. August und dem 6. Oktober 2021 2.003 Menschen befragt. Um auch die Auswirkungen der Inseraten-Affäre und der sich wieder zugespitzten Pandemie auf das Vertrauen in das politische System einschätzen zu können, wurden vom 22. November bis 3. Dezember 2021 517 dieser Befragten erneut interviewt.

Tabelle 1: Eckdaten aller Befragungen

	Demokratie Monitor				Follow-up
	2018	2019	2020	2021	2021
Grundgesamtheit	Menschen ab 16 Jahren mit Wohnsitz in Wien				Befragte des Monitors 2021
Stichprobenziehung	Zufallsauswahl				geschichtete Zufallsauswahl
Art der Befragung	telefonisch (CATI) & online (CAWI)				
Anzahl Befragte	2.158	2.185	2.188	2.003	517
durchschnittliche Dauer der Interviews	18 Min.	17,5 Min.	16,5 Min.	17 Min.	5 Min.
Erhebungszeitraum	16.08.18 bis 02.10.18	12.08.19 bis 30.09.19	17.08.20 bis 10.10.20	13.08.21 bis 06.10.21	22.11.21 bis 03.12.21

Organisation und Durchführung der Erhebung

Die Erhebung fand sowohl telefonisch als auch online statt – 51% der Befragten wurden telefonisch interviewt, 49% nahmen online an der Befragung teil. Die telefonischen Interviews wurden mittels CATI-Technologie durchgeführt. Dabei wird der Fragebogen so programmiert, dass die Interviewer*innen optimal bei der präzisen und korrekten Interviewdurchführung unterstützt werden. Die Kombination von telefonischer und online Erhebung gewährleistet wiederum die Erreichbarkeit aller Bevölkerungsgruppen. Beispielsweise sind junge Frauen nur schwer telefonisch zu erreichen, während alte Menschen wiederum in Onlinebefragungen systematisch wegfallen.

Grundgesamtheit und Stichprobe

Die Grundgesamtheit des Demokratie Monitors 2021 umfasst Menschen ab 16 Jahren mit Wohnsitz in Österreich. Die Stichprobe entspricht einer vorab nach Gemeindegröße geschichteten Zufallsauswahl von Personen. Damit sind die einzelnen Gemeinden (in Wien: Bezirke) proportional zu ihrer Einwohnerzahl in der Stichprobe repräsentiert. Die Teilnehmer*innen an der Online-Erhebung wurden telefonisch und damit offline rekrutiert. Dies ist aufwändig, gewährleistet jedoch die Repräsentativität der Stichprobe (u.a. Baur & Florian 2009).

Die Grundgesamtheit der Follow-up Erhebung umfasst die Befragten des Demokratie Monitor 2021. Die Stichprobenziehung erfolgte zufällig innerhalb einer vorab durchgeführten Schichtung nach soziodemografischen Merkmalen. Die vorliegenden Paneldaten – 517 Befragte haben sowohl am Demokratie Monitor 2021 als auch an der Follow-up Erhebung teilgenommen – erlauben nicht nur eine zweite Bestandsaufnahme. Im Längsschnitt können außerdem individuelle Entwicklungen über die Zeit nachvollzogen werden (u.a. Frees 2010).

Datenprüfung

Im Anschluss an die Erhebung wurden die Daten einer Qualitätsprüfung unterzogen. Im Zuge von Plausibilitätstests und einer Analyse der fehlenden Werte wurden auffällige Antwortmuster aus dem Datensatz entfernt. Die Ausfallsanalyse der Paneldaten ergab keine systematischen Ausfälle.

Gewichtung

Um repräsentative Ergebnisse zu erzielen, muss für jede Person in der Grundgesamtheit die gleiche Wahrscheinlichkeit gelten, für die Stichprobe ausgewählt zu werden. Die Bereitschaft zur Teilnahme variiert jedoch in den unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen (u.a. Schräpler 2000). Diese unterschiedliche Teilnahmebereitschaft kann innerhalb eines festgelegten Rahmens durch Gewichtung der Daten ausgeglichen werden. Die Gewichtung erfolgt, um die Verteilungen relevanter Merkmale in der Stichprobe an die Verteilung in der Grundgesamtheit – Menschen ab 16 Jahren mit Wohnsitz in Österreich – anzupassen. Die vorliegenden Daten wurden entlang den Kriterien Geschlecht, Alter, Bildung, Erwerbsstatus, Staatsbürgerschaft und dem Urbanisierungsgrad gewichtet.

Hinweis zur Interpretation der Ergebnisse

Bei der Interpretation von Unterschieden zwischen Subgruppen bzw. von Veränderungen über die Zeit sind Schwankungsbreiten zu berücksichtigen.

Schwankungsbreiten geben mit Bezug auf die Größe der Stichprobe (und mit einer Irrtumswahrscheinlichkeit von 5%) jenen Bereich an, innerhalb dessen der „wahre“ Prozentwert in der Grundgesamtheit liegt. Liegen die beiden zu vergleichenden Prozentwerte innerhalb der ermittelten Schwankungsbreite, ist der Unterschied nicht signifikant. Als Richtwert kann bei n=2.000 die maximale Schwankungsbreite von +/- 2,1% herangezogen werden: Bei einem Stichprobenanteil von 50% liegt der „wahre“ Anteil zwischen 47,9% und 52,1%.

Sämtliche der in den folgenden Kapiteln dargestellten Unterschiede zwischen Subgruppen bzw. Veränderungen über die Zeit wurden auf statistische Signifikanz geprüft.

Literatur

- AMS (2021): Spezialthema zum Arbeitsmarkt (Februar 2021).
<https://www.ams.at/arbeitsmarktdaten-und-medien/arbeitsmarkt-daten-und-arbeitsmarkt-forschung/berichte-und-auswertungen>
- Atzmüller, Roland (2009): Die Entwicklung der Arbeitsmarktpolitik in Österreich. Dimensionen von Workfare in der österreichischen Sozialpolitik. In: Kurswechsel, 4, 24-34.
- Backhaus, Klaus / Erichson, Bernd / Plinke, Wulff / Weiber, Rolf (2008): Multivariate Analysemethoden. Berlin: Springer.
- Baur, Nina / Florian, Michael (2009): Stichprobenprobleme bei Online Umfragen. In: Jackob, Nikolaus / Schoen, Harald / Zerback, Thomas (Hrsg.): Sozialforschung im Internet. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 109-129.
- Beckmann, Fabian / Schönauer, Anna-Lena (2021): Spaltet Corona die Gesellschaft? Eine empirische Milieuanalyse pandemiebedingter Einstellungen. In: Blättel-Mink, Birgit (Hg.in): Gesellschaft unter Spannung. Verhandlungen des 40. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie 2020.
- Bermeo, Nancy (2019): Reflection: can American democracy still be saved? In: The Annals of the American Academy of Political and Social Sciences, 681(1), 228-234.
- Bortz, Jürgen / Döring, Nicola (2006): Forschungsmethoden und Evaluation für Human- und Sozialwissenschaftler. Heidelberg: Springer.
- Ehs, Tamara / Zandonella, Martina (2021): Different class citizens. In: Politics in Central Europe, 17(3), 525-540.
- Elsässer, Lea (2018): Wessen Stimme zählt? Soziale und politische Ungleichheit in Deutschland. Frankfurt am Main: Campus.
- Elsässer, Lea / Hense, Svenja / Schäfer, Armin (2021): Unequal responsiveness in egalitarian democracies. In: Journal of European Public Policy, 28 (12), 1890-1908.
- Frees, Edward (2010): Longitudinal and panel data. Analysis and application in the social sciences. Cambridge: University Press.
- Hartmann, Hauke / Thiery, Peter (2022): Bertelsmann Transformation Index 2022. Globale Ergebnisse.
https://bti-project.org/fileadmin/api/content/de/downloads/BTI_2022_Globale_Ergebnisse_DE.pdf
- Heitmeyer, Wilhelm (2018): Die autoritäre Versuchung. Berlin: Suhrkamp.

- Holst, Hajo / Fessler, Agnes / Niehoff, Steffen (2021): Covid-19, social class and work experience in Germany. Inequalities in work-related health and economic risks. In: *European Societies*, 23(1), 495-512.
- Jessen, Jonas / Spieß Katharina / Wrohlich, Katharina (2021): Sorgearbeit während der Corona-Pandemie. In: DIW Wochenbericht 9. https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.812214.de/21-9.pdf
- Keane, John (2020): The new despotisms. Cambridge: Harvard University Press.
- Krause, Werner / Merkel, Wolfgang (2018): Crisis of democracy? Views of experts and citizens. In: Merkel, Wolfgang / Kneip, Sascha (Eds.): Democracy and crisis. Challenges in turbulent times. Cham: Springer, 31-47.
- Lessenich, Stephan (2019): Die Grenzen der Demokratie. Teilhabe als Verteilungsproblem. Stuttgart: Reclam.
- Levitsky, Steve / Zibal, Daniel (2018): How democracies die. New York: Penguin.
- Manow, Philip (2018): Die politische Ökonomie des Populismus. Berlin: Suhrkamp.
- Mau, Steffen / Lux, Steffen / Gölzau, Fabian (2020): Die drei Arenen der neuen Ungleichheitskonflikte. In: *Berliner Journal für Soziologie*, 30(9-11), 1-30.
- Merkel, Wolfgang / Lührmann, Anna (2021): Resilience of democracies: responses got illiberal and authoritarian responses. In: *Democratization*, 28(5), 869-884.
- Nachtwey, Oliver (2016): Die Abstiegsgesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne. Berlin: Suhrkamp.
- Petrung, Alexander / Merkel, Wolfgang (2011): Auf dem Weg zur Zweidrittel-Demokratie. In: *WZB-Mitteilungen*, 134, 30-33.
- Reckwitz, Andreas (2019): Das Ende der Illusion. Politik, Ökonomie und Kultur in der Spätmoderne. Berlin: Suhrkamp.
- Ringler, Paul / Baumegger, David (2020): Zur Situation von Eltern während des zweiten Lockdowns in der Coronapandemie. <https://www.sora.at/fileadmin/downloads/projekte/momentum-elternbefragung-corona-ii.pdf#page=15&zoom=100,90,94>
- Schönherr, Daniel / Zandonella, Martina (2020): Arbeitsbedingungen und Berufsprestige von Beschäftigten in systemrelevanten Berufen in Österreich. Online verfügbar unter:

- https://www.arbeiterkammer.at/interessenvertretung/arbeitundsoziales/arbeitsmarkt/AK_Studie_Arbeitsbedingungen_in_systemrelevanten_Berufen.pdf
- Schräpler, Jörg-Peter (2000): Was kann man am Beispiel des SOEP bezüglich Nonresponse lernen? ZUMA-Nachrichten 46, S. 117-149.
http://www.gesis.org/fileadmin/upload/forschung/publikationen/zeitschriften/zuma_nachrichten/zn_46.pdf
- V-Dem Institute (2022): Democracy Report 2022. https://v-dem.net/media/publications/dr_2022.pdf
- Vogel, Berthold (2020): Covid-19 als Weckruf. Plädoyer für eine neue Politik öffentlicher Güter. WSI Mitteilungen 6, 468-471.
- Wacquant, Loic (2009): Bestrafen der Armen. Opladen: Budrich.
- Zandonella, Martina / Heinz, Janine (2018): Demokratie Monitor 2018.
<https://www.demokratiemonitor.at/wp-content/uploads/2019/03/SORA-Bericht-%C3%96sterreichischer-Demokratie-Monitor-2018.pdf>
- Zandonella, Martina (2019): Demokratie Monitor 2019.
<https://www.demokratiemonitor.at/wp-content/uploads/2020/03/SORA-Bericht-Demokratie-Monitor-2019.pdf>
- Zandonella, Martina (2020): Demokratie Monitor 2020.
https://www.demokratiemonitor.at/wp-content/uploads/2021/03/2020_SORA-Bericht-Oesterreichischer-Demokratie-Monitor-2020.pdf

Abbildungen

Abbildung 1: Der Demokratie Monitor im Kontext	8
Abbildung 2: Wie gut funktioniert das politische System in Österreich?	9
Abbildung 3: Das politische System funktioniert sehr/ziemlich gut	10
Abbildung 4: Lebensrealität im unteren ökonomischen Dritt	11
Abbildung 5: Betroffenheit von den Folgen der Pandemie	11
Abbildung 6: Erfahrungen von Ungleichwertigkeit und fehlender Repräsentation	12
Abbildung 7: Erfahrungen von politischer Ohnmacht	14
Abbildung 8: Hat die Politik in Österreich ein Korruptionsproblem?	15
Abbildung 9: Für wen ist das, was die Chats gezeigt haben, typisch?	15
Abbildung 10: Demokratie ist die beste Staatsform	16
Abbildung 11: Forderungen nach einer Stärkung der Demokratie	17
Abbildung 12: Demokratie ist die beste Staatsform	18
Abbildung 13: Es sollte einen starken Führer geben, der sich nicht um Parlament und Wahlen kümmern muss	19
Abbildung 14: Verfestigung autorärer Haltungen bei den 10 Prozent	19
Abbildung 15: Spaltungslinie entlang Einstellung zur Demokratie und Einstellung zu den Pandemie-Maßnahmen	21